

HOTELLERIE UND GASTRONOMIE UNTERSTÜTZEN – STRUKTUREN ERHALTEN

Lebenswerte Städte und Dörfer brauchen funktionierende Gastronomie

Die Corona-Pandemie hat Gastronomie und Hotellerie in die schwerste Krise seit dem zweiten Weltkrieg gestürzt. Allein für die Monate März bis Juni beläuft sich der Umsatzverlust laut Branchenverband Dehoga bundesweit auf 17,6 Milliarden Euro. Das Sommergeschäft hat es allenfalls vermocht, teilweise die schlimmsten Löcher zu stopfen, die die Krise gerissen hat. Die wieder ansteigenden Infektionszahlen mit der Klassifizierung mittlerweile des gesamten Saarlandes als Risikogebiet und der bevorstehenden Herbst- und Wintersaison stellen die Branchen vor neue riesige Herausforderungen, die die meisten ohne engagierte Unterstützung nur schwer werden meistern können.

Die Gastronomie und die Hotellerie sind wichtige Anker in unseren Städten und Gemeinden. Sie beleben unsere Innenstädte und Ortszentren und sind auch Orte des kulturellen Lebens. Deshalb wird ein Wegbrechen von gastronomischen Strukturen in der Breite auch für die weitere Verödung unserer Zentren sorgen.

Deshalb brauchen wir im Interesse unserer Kommunen und der touristischen Destinationen einen Schulterchluss zur Rettung der Hotellerie und Gastronomie. Dabei müssen die Fördermaßnahmen in Einklang gebracht werden mit anderen großen Herausforderungen wie der Klimakrise.

Die Hotellerie und Gastronomie brauchen dabei ein Bündel an Maßnahmen. Keine Einzelmaßnahme für sich genommen wird die Branche retten können. Die Debatte um die gasbetriebenen Heizpilze hat gezeigt, dass man die Rettung eines wichtigen Zweiges nicht auf eine Maßnahme reduzieren darf. Denn klar ist: Lediglich Heizpilze werden einzelne Betriebe nicht über die Krise bringen. Die jetzt mit hohen Infizierungszahlen zuschlagende zweite Welle der Corona-Pandemie wird mutmaßlich auch mit einer wieder verschärften Ausgehzurückhaltung einhergehen, die man nicht mit alleine mit kleinen Einzelmaßnahmen wird überbrücken können. Wirklich existenzielle Fragen wie das nachteilige Gewerbemietrecht, die finanzielle Förderung von Investitionen, z. B. in Luftfilterung, oder die Verbesserung von Überbrückungshilfen sind über die Heizpilzdebatte völlig aus dem Blick geraten. Deshalb müssen wir endlich auch über existenzsichernde Finanzierungsfragen sprechen. Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung müssen sich auch angesichts der Wucht der stark steigenden Infektionszahlen auch zu finanzieller Hilfe durchringen, um Strukturen in unseren Innenstädten zu erhalten.

Folgende Maßnahmen schlagen wir vor:

1. FINANZIELLE HILFEN UND INVESTITIONSFÖRDERUNGEN

Die Landesregierung hat im September ein Förderpaket in Höhe von drei Millionen Euro für die Gastronomie vorgestellt. Grundsätzlich ist jede Förderung zu begrüßen und es ist auch wichtig, dass die Betriebe, die investieren können, dabei auch unterstützt werden. Dennoch steht für viele Betriebsinhaber*innen kurzfristig die finanzielle Sicherung des Überlebens im Vordergrund gegenüber langfristigen Investitionen, die jetzt mit diesem Programm vom Land gefördert werden.

Deshalb fordern wir die Überprüfung des Katalogs der förderfähigen Investitionen. Die Nutzbarkeit von regulären Gasträumen im Inneren muss dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Anschaffung von zertifizierten Luftreinigungsgeräten, so genannten Aerosolfiltern muss seitens der Landesregierung gefördert werden. Zertifizierte technische Lösungen schaffen Vertrauen bei den Kunden und ermöglichen Gastronomen dringend notwendige Umsätze zu generieren. Durch die Bereitstellung von zwei Millionen Euro aus dem bestehenden Programm könnte bei hälftiger Förderung der Ankauf von rund 600 Luftreinigern unterstützt werden. Die Landesregierung ist zudem aufgefordert, weitere Fördermittel für den Ankauf von Luftreinigern zur Verfügung zu stellen. Gerade Luftreiniger machen langfristig Sinn, da sie auch bei anderen Viren helfen.

2. ÜBERBRÜCKUNGSHILFE BESSER ZUGÄNGLICH MACHEN

Die Überbrückungshilfen der Bundesregierung wurden zum Teil nur zögerlich beantragt. Der Grund dafür: Die Hürden sind oft zu hoch. Zudem werden die Lebenshaltungskosten von Selbstständigen, Freiberuflern oder auch den Inhaber*innen kleiner Unternehmen weiterhin nicht berücksichtigt. Wir wollen, dass alle Unternehmen aus der Gastronomie- und Eventbranche und damit auch die vielen Solo-Selbstständigen im Veranstaltungsbereich weiterhin durch finanzielle Hilfspakete von Bund und Land mitaufgefangen werden. Dabei muss der Zugang zu diesen Unterstützungsleistungen auch für Kleinbetriebe unkompliziert möglich sein. Um schnell Abhilfe zu schaffen, schlagen wir vor, die Lebenshaltungskosten ebenfalls aus den Hilfen zu bezuschussen und zwar pauschal mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro monatlich. Solange dies nicht möglich ist, sollte es zumindest dieses Jahr keine Vermögensprüfung geben.

3. MIETRECHT AN DIE KRISENBEDINGUNGEN ANPASSEN

Die behördlichen Einschränkungen bei gleichzeitig hohen Pachtverpflichtungen sind ein wesentlicher Grund dafür, dass auch bei vor der Krise wirtschaftlich erfolgreichen Geschäftsmodellen der Fortbestand in Frage steht. Dies gilt besonders in der Gastronomie. Deshalb fordern wir eine gesetzgeberische Klarstellung, dass behördliche Nutzungseinschränkungen für Gewerbeflächen aufgrund von Corona einen Anspruch der Gewerbetrieterinnen und -mieter auf Vertragsanpassung auslösen, von einer Minderung der Pacht für diesen Zeitraum bis zu Sonderkündigungsrechten.

Das Saarland muss sich über den Bundesrat für diese Klarstellung einsetzen und damit ganz aktiv Gastronomen helfen, die davon betroffen sind. Die Grünen im Bundestag haben einen entsprechenden Antrag in das Parlament eingebracht: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/228/1922898.pdf>

4. WINTERLICHE AUSSENAUSSCHANKBEREICHE ERMÖGLICHEN

Da im Innenraum der Gaststätten nur eingeschränkte Gästezahlen bewirtet werden können und zu erwarten ist, dass viele Gäste aus Vorsicht nicht in Lokale gehen wollen, ist es wichtig, auch in den nassen und kalten Monaten Außenbereiche auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen straßenrechtlich nutzbar zu machen. Zelte, Überdachungen, Windabschottungen an Markisen und Beheizungsmöglichkeiten können dabei helfen. Ihre Aufstellung und ihren Betrieb wollen wir unbürokratisch ermöglichen.

Falls es Bedarf zur Erwärmung dieser Bereiche geben sollte, empfehlen wir den Einsatz innovativer, d.h. umweltfreundlicher Heizgeräte, wie speziell entwickelte Holzpelletbetriebe Wärmespender oder mit Ökostrom betriebene Heizstrahler.

Das zuständige Wirtschaftsministerium sollte dabei die Anschaffung solcher innovativer und klimaschonender Geräte einmalig für das Jahr 2020/2021 fördern.

5. VEREINHEITLICHUNG/NACHVOLLZIEHBARKEIT DER REGELUNGEN

Bund, Länder und Kommunen müssen darauf hinwirken, dass es in Herbst und Winter zu gangbaren Regelungen im Hinblick etwa auf Beherbergung von Gästen kommt. Ein pauschales Beherbergungsverbot von Menschen aus Risikogebieten ist ein falsches Zeichen und enttäuschend für alle Beteiligten, die sich in den vergangenen Monaten selbst um wirksame Hygienekonzepte und einen auch im Hinblick auf die Pandemie verantwortungsbewussten Tourismus in den Regionen bemüht haben. Die Gerichte haben deshalb zurecht fast bundesweit diese Form der Einschränkung zurückgewiesen. Sowohl dem Bund als auch den Ländern muss seit Monaten klar gewesen sein, dass die Corona-Fallzahlen im Herbst wieder ansteigen werden. Es gab also genügend Zeit, um gangbare Lösungswege für den Tourismus in Zeiten einer Pandemie zu erarbeiten.

Dass statt differenzierter, nachvollziehbarer Regelungen pauschale Beherbergungsverbote erlassen wurden, ist und bleibt wenig nachvollziehbar. Damit gerieten viele deutsche Urlaubsdestinationen in Gefahr. Weggebrochene Strukturen werden ihre Entwicklung hemmen. Aus der Sicht der Reisenden ist eine solch kurzfristige Entscheidung ernüchternd und bringt große Verunsicherung mit sich. Hotellerie, Gastronomie und Verbraucher*innen brauchen Planbarkeit und verständliche und einheitliche Regeln. Die Landesregierung muss sich weiter für einheitliche Regelungen bundeweit einsetzen und im Saarland für bestmögliche Unterstützung von Hotellerie und Gastronomie sorgen, etwa durch verstärkte Marketingbemühungen.

6. STÄNDIGES GREMIUM ZUR BERATUNG DER LANDESREGIERUNG

Angesichts der dramatischen Situation brauchen wir ein Expertengremium, das sich ernsthaft mit Alternativen und umsetzbaren Lösungsvorschlägen für Tourismus, Hotellerie und Gastronomie in Pandemiezeiten auseinandersetzt, ohne dabei die geltenden Hygienevorschriften zu vernachlässigen. Das Gremium sollte die Landesregierung auch bei der Gestaltung von Förderrichtlinien beraten und so auch für einen besseren Mittelabfluss von Förder- und Stützungsmaßnahmen in die betroffene Branche sorgen.

7. SCHLISSZEITEN UND BETRIEBSGRUNDLAGEN REGELMÄSSIG ÜBERPRÜFEN

Die Schließung von Clubs und Diskotheken bedroht die Existenzen der allermeisten Betreiber dieser Einrichtungen. Hinzu kommen restriktive Schließzeiten für die Gastronomie, die vielerorts Menschen ins private Umfeld, zumeist ohne Abstand und Hygienekonzept, verdrängt. In Abhängigkeit von der Pandemielage fordern wir eine fortlaufende Überprüfung von Schließzeiten bzw. Betriebsschließungen. Pauschalierungen fördern die Akzeptanz von Hygienemaßnahmen weder bei den Betroffenen noch bei den Gästen.

8. BÜROKRATIEABBAU BEI DER KONTAKTNACHVERFOLGUNG

Die Datenerhebung zur Kontaktnachverfolgung stellt viele Gastronomen nicht nur vor zusätzliche Arbeitsaufwände, sie erhöht auch den bürokratischen Aufwand. Deshalb muss die Landesregierung den Prozess einer effektiven Nachverfolgung für Gastronomen und deren Gäste deutlich vereinfachen. Wir schlagen vor, dass die Landesregierung auf ihrer Corona-Website ein offizielles Registrierungsportal zur Vergabe von persönlichen Kontaktnachverfolgungsnummern einrichtet. Statt Vor- und Familienname, Wohnort und Telefonnummer reicht dann –als Alternative – die Angabe der Kontaktnachverfolgungsnummer auf dem Kontaktzettel aus. Während die Gesundheitsämter im Bedarfsfall zugreifen dürfen, bleibt der Gast im Restaurant, im Kino oder bei Veranstaltungen, wenn er das möchte, vollständig anonym. Das schafft Vertrauen und Akzeptanz und wäre ein wichtiger Beitrag, um die Kontaktnachverfolgung zu stärken. Der Prozess könnte zudem digitalisiert und mit einer Scanfunktion bei Betreten und Verlassen des Lokals für einen Verzicht auf Papierzettel sorgen und damit einen weiteren Beitrag zur Reduzierung des Ressourcenverbrauches sorgen.